



POSTANSCHRIFT Bundesministerium der Finanzen, 11016 Berlin

An die Mitglieder der
SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

An die Mitglieder der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Deutschen Bundestag

An die Mitglieder
der Fraktion der Freien Demokraten
im Deutschen Bundestag

Christian Lindner

Bundesminister
Mitglied des Deutschen Bundestages

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
TEL +49 (0) 30 18 682-39 19
FAX +49 (0) 30 18 682-88 39 19
E-MAIL poststelle@bmf.bund.de
DATUM 17. Juli 2024

BETREFF **Weichenstellungen für mehr Wachstum: Bundeshaushalt 2025 und
Wachstumsinitiative**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

heute hat das Bundeskabinett den Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2025 und den Finanzplan bis 2028 verabschiedet. Es ist gelungen, einen Haushaltsentwurf vorzulegen, der sowohl hohe Investitionen und steuerliche Entlastungen vorsieht als auch den verfassungsrechtlichen Anforderungen der Schuldenregel gerecht wird. Angesichts des derzeit geringen Wachstums war dies keine leichte Aufgabe. Zugleich hat das Kabinett mit der Wachstumsinitiative ein Paket wirtschaftspolitischer Maßnahmen beschlossen, die Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit künftig stärken und dadurch fiskalische Spielräume schaffen sollen. **Ein solider Bundeshaushalt gemeinsam mit angebotspolitischen Impulsen für mehr Wachstum - dies unterstreicht den Gestaltungsanspruch unserer Koalition.**

Ein Haushalt für Investitionen, Entlastungen, Sicherheit und Bildung

Mit dem Bundeshaushalt 2025 und dem Finanzplan bis 2028 wird die Normalisierung des Haushalts fortgesetzt. Im Rahmen einer moderat restriktiven fiskalischen Ausrichtung werden die Gesamtausgaben von 489 Milliarden Euro in 2024 auf 481 Milliarden Euro in 2025 leicht zurückgefahren. Die Neuverschuldung wird im Jahr 2025 gegenüber dem Vorjahr reduziert und in den folgenden Jahren weiter schrittweise abgebaut. Der Schuldenstand wird von 69 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) in 2021 auf nunmehr 64 Prozent in 2024 gesenkt.

Deutschland bleibt somit finanzpolitischer Stabilitätsanker Europas. Die Regeln des erneuerten Stabilitäts- und Wachstumspaktes nehmen uns hier im Übrigen in die Verantwortung und erlauben unserem Land in den kommenden Jahren keine signifikante Steigerung der Ausgaben.

Trotz finanzieller Solidität ist der Bundeshaushalt 2025 kein Sparhaushalt. Wir erhöhen die Ausgaben für Investitionen, wirtschaftspolitische Impulse, Bildung und Innovation sowie für innere und äußere Sicherheit. Zudem sorgen wir dafür, dass die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler 2025 und 2026 um 23 Milliarden Euro entlastet werden und die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse eingehalten wird.

Schließlich sorgen wir für mehr Transparenz im Bundeshaushalt. Nach den Auflösungen mehrerer Sondervermögen in den letzten Jahren werden wir nun die Zinsausgaben periodengerecht veranschlagen und damit den Empfehlungen von Wissenschaft und Bundesbank folgen.

- Hohe Investitionen in die Zukunft

Die staatlichen Investitionen steigen 2025 auf ein Rekordniveau von 78 Milliarden Euro gegenüber 70,8 Milliarden Euro in 2024 und 55 Milliarden Euro in 2023. Darin enthalten sind Investitionen in das Generationenkapital (12,4 Milliarden Euro) und Eigenkapitalzuführungen an die Deutsche Bahn AG (5,9 Milliarden Euro). Die Investitionen in Straße und Schiene bilden ebenfalls einen Schwerpunkt. Investitionen in Bundesfernstraßen liegen 2025 leicht über dem geltenden Finanzplan, Investitionen in Bundesschienenwege liegen 2025 3,7 Milliarden Euro über dem geltenden Finanzplan.

- Stärkung der inneren und äußeren Sicherheit

Wir stärken die innere und äußere Sicherheit Deutschlands. Die Ausgaben für Verteidigung aus dem Bundeshaushalt steigen über den Finanzplan hinaus um rund 1,25 Milliarden Euro auf 53,3 Milliarden Euro an. Gemeinsam mit den diesjährigen Ausgaben des Sondervermögens wird damit die NATO-Quote von zwei Prozent des BIP übertroffen. Zudem werden zusätzliche Mittel von über eine Milliarde Euro für die innere Sicherheit bereitgestellt. Diese Mittel fließen in die Modernisierung und Ausweitung der Sicherheitskräfte unter anderem von Bundespolizei, Bundeskriminalamt und Zoll, um Kriminalität effektiver zu bekämpfen.

- Hohe Ausgaben für unsere internationale Verantwortung

Deutschland übernimmt Verantwortung in der internationalen Gemeinschaft und ist ein verlässlicher Partner. Wir setzen uns für Freiheit, internationale Solidarität und Klimaschutz ein.

Deutschland gehört daher weiterhin weltweit zu den führenden Staaten im Bereich der internationalen Unterstützung und Hilfen. Dazu gehört die weitere Unterstützung der Ukraine nach dem völkerrechtswidrigen Angriff Russlands.

- Für eine starke Bildungsnation

Wir fördern die Bildungschancen in Deutschland. Hierzu gehören die Finanzierung des Startchancenprogramms mit rund einer Milliarde Euro jährlich, des Kitaqualitätsgesetzes mit rund zwei Milliarden Euro sowie die Erhöhung des Kinderzuschlages und des Kindergeldes. Hinzu kommen wichtige Investitionen in Wissenschaft und Forschung, in den Pakt Forschung und Innovation und in den Zukunftsvertrag Studium und Lehre. Nur mit diesen wichtigen Investitionen können wir heute die Basis für zukünftigen technologischen und gesellschaftlichen Fortschritt legen.

Nachtragshaushalt 2024

Die Bundesregierung bringt parallel zum Bundeshaushalt 2025 einen Nachtragshaushalt für 2024 über 12,1 Milliarden Euro auf den Weg. Der Nachtragshaushalt soll insbesondere Mehrbedarfe aufgrund der derzeitig schleppenden wirtschaftlichen Entwicklung sowie aufgrund höherer Ausgaben bei der Förderung erneuerbarer Energien absichern. Die verschlechterten Wirtschaftsaussichten führen aufgrund der Konjunkturkomponente der Schuldenbremse zugleich zu einer höheren zulässigen Nettokreditaufnahme. Dies zeigt, dass die Schuldenbremse funktioniert und ausreichend flexibel ist, um die Schuldenaufnahme des Bundes an die konjunkturelle Entwicklung anzupassen.

Wachstumsinitiative

Mit der ebenfalls heute im Kabinett beschlossenen Wachstumsinitiative werden wir mehr private Investitionen anreizen, Arbeitsanreize stärken, Bürokratie abbauen, den Energiemarkt neu ordnen und die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes verbessern. Durch strukturelle Reformen werden wir den Wirtschaftsstandort Deutschland wieder an die Weltspitze führen.

- Steuerliche Entlastungen

Wir werden die Wirtschaft und die Bürgerinnen und Bürger umfassend entlasten. Durch den Abbau der kalten Progression und die Erhöhung des Grund- und Kinderfreibetrages werden die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler 2025 und 2026 um 23 Milliarden Euro entlastet. Zudem planen wir weitere steuerliche Verbesserungen für Unternehmen durch eine Verlängerung der degressiven Abschreibung, die Ausweitung der Forschungszulage, der Verlängerung der Stromsteuersenkung und der Strompreiskompensation.

- Bessere Arbeitsanreize und mehr Fachkräfte

Deutschland benötigt ein größeres Angebot an Arbeit. Mehrarbeit und Leistung müssen attraktiver werden. Dafür werden wir unter anderem steuerliche Vorteile für Mehrarbeit einführen, Menschen im Rentenalter finanzielle Anreize bieten, länger im Arbeitsleben zu bleiben und die Fachkräfteeinwanderung stärken. Menschen ohne Arbeit sollen zudem dem Arbeitsmarkt wieder schneller zur Verfügung stehen. Dafür werden die Erwerbsanreize im Bürgergeld und das Prinzip der Gegenleistung gestärkt, auch durch schärfere Sanktionen.

- Abbau unnötiger Bürokratie

Bürokratie bindet unternehmerische Ressourcen, die dadurch nicht in Investition, Forschung und Entwicklung fließen können. Bürokratieabbau ist entscheidend, um den Standort Deutschland attraktiver zu machen. Wir werden daher die europäischen Bürokratielasten begrenzen und Beschleunigungspotenziale nutzen. Dazu werden wir unter anderem unverhältnismäßige Belastungen durch die europäische Lieferkettenrichtlinie vermeiden, das Vergaberecht reformieren und jedes Jahr ein Bürokratieentlastungsgesetz erlassen.

- Leistungsfähiger Energiemarkt für die Wirtschaft von morgen

Der Standort Deutschland benötigt günstigere Energie. Hohe Kosten im internationalen Vergleich verteuern die Produktion für Unternehmen und sind ein Standortnachteil. Mit der Wachstumsinitiative werden wir deshalb unter anderem eine Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes anstoßen, die Netzentwicklung anpassen, um Kosten zu senken, das Strompreispaket verstetigen, Potenziale von Speichermöglichkeiten besser nutzen und das Marktdesign für Kraftwerke und erneuerbare Energien flexibilisieren.

Vor uns liegt noch einiges an Arbeit. Der Entwurf der Bundesregierung enthält gegenwärtig eine Globale Minderausgabe von 17 Milliarden Euro. Sie sollte auf die übliche Dimension von acht bis neun Milliarden Euro reduziert werden. Dazu prüfen wir weitere Maßnahmen auf ihre verfassungsrechtliche Zulässigkeit und Wirtschaftlichkeit.

Ich freue mich auf die gemeinsamen Beratungen mit Ihnen in den Wochen und Monaten nach der Sommerpause.

Mit freundlichen Grüßen

